

# Sächsische Volkszeitung

Besitzverteilung: Wiederholung bei Haus Ausgabe A mit Illustrationen 12.75 M. Ausgabe B 11.25 M.  
einfachlich Volkszeitung. Preis der Einzelnummer 30 Pf.  
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenenden nachm. - Sprechstunde der Redaktion: 5 bis 6 Uhr nachm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorw. - Preis für die Anzeigenspalte aller Anzeigen 1.40 M. im Kärtchen 3.50 M. - Für unbedeutlich geschriebene, sowie durch Versprecher aufgegebene Anzeigen können wie die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernommen werden.

## Deutschnationales Liebeswerben

Einen eigenartigen Propagandaeifer entfaltet unverbindlich die Deutschnationalen Volkspartei in katholischen Kreisen. Das ist an sich ihr gutes Recht. Vom Standpunkt der Entstiftung des öffentlichen Lebens von der konfessionellen Verhetzung könnte man ein solches Vorgehen geradezu begrüßen. Es könnte so aussehen, als würde hier ein alter Gedanke des Zentrums auf neue Vermöglichkeit, als sollte eine politische christliche Einheit gegen die Macht des Unglaubens und des Jeschutz gebracht werden. Aber die Geschichte der letzten fünfzig Jahre ist nicht vergessen. Das Zentrum hat vom ersten Tage seines Bestehens Wert darauf gelegt, daß es keine katholische Partei, sondern die Partei aller positiv gläubigen Christen sei. Das hat zum Beispiel Windhorst in den ersten seiner Nächten wiederholt mit aller Deutlichkeit ausgeprochen. Damals waren es die konservativen Katholiken der Deutschen Volkspartei, die ihre Partei als die Vertreterin der evangelischen Interessen hinstellten, und die das Zentrum in der übelsten Weise als römisch bestempften.

Als nach der Revolution die Deutschnationalen Volkspartei auf den Plan trat, hatte sie selbstverständlich aus der Geschichte gelernt. Sie hatte es erlebt, daß eine der stärksten Fundamente des Zentrums seine konfessionelle Weite ist. So begannen von dieser Seite ab bald zwei Machenschaften: das Zentrum mußte als konfessionell gestempelt werden und die eigene Partei mußte wenigstens den Anspruch der konfessionellen Unparteilichkeit erhalten. Dabei ergaben sich zwei wesentliche Momente. Wenn das Zentrum als katholisch hingestellt wurde, so mußte der katholische Charakter verdeckt und verleumdet werden. So sollten die alten Konservativen in der neuen Partei das große Wort. Ein Mann, wie der Direktor Pastor Stühmann, der nicht irgendeiner ist, sondern deutschnationaler Abgeordneter im preußischen Landtag, konnte noch kluglich schreiben:

"Ich will nicht die schwerwiegende Sonderfrage nach den unheilvollen Einflüssen stellen und beleuchten, welche das zömlische System durch seine Kauerbrecher, die Jesuiten, auf den Gang der weltpolitischen Ereignisse in und nach dem Weltkriege ausgeübt hat und noch ausübt, auch nicht die weitere Sonderfrage nach der ebenso unheilvollen Rolle, welche diese Einflüsse im innerpolitischen Leben unseres Volkes spielen... Der Nationalismus vermaterialisiert, verstofflicht, verübersicht, verherrlicht, vermeißt das Wesen des Reiches Gottes, und dadurch lädt er den Fluch des Antichristentums auf sich... Schwarzerzähler und schwarze Internationale als Gegenstühl und als Wegelaj zu der Internationale des Kreuzes — das ist das Kriegerpanorama der Menschheit im Bildnis des leichten Spiel."

Es ist also doch nicht nur der "Reichsbote", den die Deutschnationalen mit seinen antikatholischen Geblässen sehr abschüttern möchten, der diese Sprache redet. Der deutschnahe Abgeordnete Pastor Stühmann ist dem Reichsboten weit über.

Das ist die eine Seite. Andererseits liegt es den Deutschnationalen daran, Lauerfang in katholischen Kreisen zu treiben. Die Werbereise des Theologieprofessors (katholisch) Dr. Hirsch ist ein neuer Beweis dafür. Welcher Art diese Katholikenfeindschaft der Deutschnationalen ist, darüber läuftet der wortreiche Pastor Stühmann auch ein wenig den Schleier;

"Der deutsche religiöse Katholizismus wird von dem Vorwurf eines antichristlichen, weil materialistischen Verständigungsradikalismus getroffen... Ich sehe im Kleiste den Tag kommen, wo auf deutscher Erde der religiöse Katholizismus den kommunistischen Einschlag ausscheiden und mit dem bibelgläubigen Protestantismus das große Versöhnungsfest einer Kirche, einer deutschen christlichen Kirche, feiern wird."

Darauf also läuftet lediglich der Werberummel hinaus. Und nun begreift man vielleicht, warum die Deutschnationalen so gern über Evangelische, die im Genitiv gehen, die Verkürzung aussprechen, daß sie mit vollen Segen in den Katholizismus müßten steuern. Man weiß, was man selber denkt und tut, wie der einmal anders zu. Der deutsche Katholizismus, der durch die Geschichte in der Deutschnationalen Volkspartei verdeckt ist, rüstet sich, sein altes Ziel, die deutsche evangelische Nationalkirche, endlich zu erreichen. Ganz unbeholfen wird es hierbei angekündigt und ausgesprochen, daß auch katholische Kreise für diese Idee gewonnen werden sollen. Die Begriffe dazu ist die sogenannte gemeinschaftliche nationale Basis. Da Deutschnationalen haben bekanntlich ihre Biele weit gesteckt. Sie wissen, daß ihre Stunde noch nicht gekommen ist. Sie rütteln ja aber trotzdem einen Zustand zu schaffen, der in zentralistischer Weise auch auf dem Gebiete des Glaubens alles das weit zu verzögern wird, was Deutschland unter der Gewissensdruck der Kulturkämpfe erlebt hat. Das Zentrum aber sollte die Augen offen halten und darüber wachen, daß keiner seiner mitgläubigen Anhänger dem deutschnationalen Liebeswerben zum Opfer fällt.

## Das Steuerprogramm der Reichsregierung

Das durch den Reichskanzler Wirth seinerzeit noch vor dem Zusammenbringen des Reichstages der Öffentlichkeit in großen Umrissen gezeichnete Steuerprogramm der Regierung liegt nun im wesentlichen vor. Nach langwierigen und, wie wir ausprobieren dürfen, auch recht temperamentvollen Beratungen hat das Reichskabinett über ein gewisses Programm sich nun geeinigt. Die Beratungen sind damit aber noch nicht abgeschlossen, ja die eigentlichen prinzipiellen steuerpolitischen Probleme können jetzt erst in Angriff genommen werden. Was wir auf Grund des soeben von der Regierung der deutschen Öffentlichkeit mitgeteilten Finanzprogramms erfahren, ist im Grunde doch nichts anderes als die Anehnung an schon bestehende, an den Kunden und die Erweiterung vorhandener Steuerquellen, während man sich bis jetzt weniger von einer grundsätzlichen Auseinandersetzung über die ganze organische Umgestaltung unseres Steuer- und damit Wirtschaftssystems ferngehalten hat.

Wie sehen in dem vorläufigen Steuerprogramm der Reichsregierung eine Erhöhung der Zuckersteuer von 14 auf 100 Mark für 100 Kilogramm. Daneben eine Erhöhung der Steuer für die Süßstoffe. Die Brunnsteinabgabe wird von 800 auf mindestens 4000 Mark für einen Kilo liter erhöht. Überaus grobe Belastung erfahren die Verbrauchssteuer. Die Beuchtmittelsteuerfahrzeuge werden auf das Viertelste erhöht, verdoppelt wird die Bündwarensteuer und Mineralölsteuersteuer. Ebenfalls um das Viertel erhöht wird die Biersteuer. Auch die Tabaksteuer wird eine Erhöhung erfahren durch den Fortfall bisheriger Entschädigung. Eine kräftige Erhöhung erfahren die Fälle auf Lebensmittel, die vorwiegend dem Luxus dienen. Dass unter diesem Luxus auch Kaffee, Tee und Kakao gezählt werden, ist weniger erfreulich zu vernehmen. Ganz außerordentlich ist die Erhöhung auf die Kohlensteuer, die von bisher 20 Prozent auf 30 Prozent heraufgesetzt wird. Die Kraftfahrzeuge werden einer Besteuerung unterworfen unter Einbeziehung der Pkw-Fahrzeuge. Stark herangegangen werden hünftig auch die Versicherungen. Generversicherungen auf unbewegliche Gegenstände sollen in Zukunft 50 Pfennig auf bewegliche Gegenstände 40 Pfennig für 1000 Mark betragen. Für Lebensversicherung werden 4 v. H. der Prämie bezahlt werden müssen.

Die Umsatzsteuer wird verdoppelt werden. Dadurch hofft man, mit einem Schlag ein ganzes Bündel von Milliarden den Reichssädel zu gewinnen. Durch die Besteuerung der Rentenwetten soll diese heute allerdings außerordentlich günstigende Leidenschaft für die Reichsbedürfnisse nutzbar gemacht werden. Ob durch die vorgesehene Bulastung von Buchmacherwetten die Volkssmoral gehoben wird, ist eine Frage, die man sich dabei doch auch ernstlich vorlegen muß. Einem kleinen Posten in dem Programm bildet der Vorschlag, die Kapitalverkehrsteuer bei den Gewerbebetrieben auf 30 Prozent des gesamten steuerbaren Einkommens festzulegen. Das ist ein ganz gewaltiger Einbruch, der durch den Wegfall bisheriger Vergünstigungen noch erhöht wird. Eine Kapitalverkehrsteuer soll weiterhin dazu dienen, die ganze Wille der Kapitalbildung dienenden Vorgänge steuerlich zu erfassen. Besonders ist dabei gedacht an die steuerliche Heranziehung von Gründungen von Gesellschaften, die ja in letzter Zeit wie Pilze aus der Erde geschossen sind. Die Aktienbeschriften sollen mit 7 Prozent beauftragt werden. Dem Kapitalverkehr an der Börse wird durch dieses Gesetz besonders zu Reichtum gerückt. Räumlich der Devisenhandel wird auf diese Weise zu erfaßt gesucht. Man versteht es nicht recht, warum man gerade diese letzte steuerliche Möglichkeit gewissermaßen nur in der Devisenhestung sieht. Denn kaum auf einem anderen Gebiet werden von den kleinen Volksbürgern so viel Spekulationen betrieben, wie auf dem der Devisen und der auswärtigen Banknoten. Hier liegt ja auch mit ein Grund für die fortwährende Verstärkung des Mark.

Die Hauptstücke des Steuerprogramms bildet aber doch der Entwurf eines Vermögenssteuergesetzes. Hier haben wir die sogenannte "Verordnung" des Reichskanzlers vor Augen. Man will mit diesem Gesetz der Veränderung des Geldhauses, die seit dem Notenamtserlass vom 31. Dezember 1919, eingetreten ist, gerecht werden. Das Notenamtserlass soll in der Weise ausgebaut werden, daß an seine Stelle eine laufende Verordnungsteuer mit einem zeitlich begrenzten Fristschlag treten soll. Sowohl wie gesetzlich die Erhebung eines Teiles des Notopfers beschlossen ist, soll es dabei sein Verwendung haben. Der ganze Rest aber soll unter diese laufende Vermögensabgabe fallen. Dadurch werden alle neu gebildeten Kapitalien erfaßt. Man denkt sich die Veranlagung in Abschnitten von etwa drei zu drei Jahren. Die laufenden Vermögenssteuer wird 0,5 bis 1 v. H. betrügen, bei nicht üblichen Vermögen 1,5 vom Tausend. Auf diese Steuer ist aber noch auf die Dauer von 10 Jahren ein Aufschlag vorgesehen, der für physische Personen 150 Prozent, für nichtphysische Personen 150 Prozent beträgt. Gemessen an der Erhebung zu diesem Gesetz ist ein Vermögenszuwachs in Aussicht genommen, daß an die Stelle des geltenden Besitzsteuerisches getreten soll: 100 000 Mark Vermögen und 25 000 Mark Zuwachs sollen steuerfrei bleiben. Darüber hinaus werden die ersten 100 000 Mark mit 1 Prozent versteuert, und die Staffelung erreicht bei 6 Millionen Mark Zuwachs den Höchsttag von 10 Prozent. Ein weiteres Gesetz will den Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit erfaßt, und zwar mit 5 bis 30 Prozent, wobei Vermögen bis zu 200 000 Mark und ein Zuwachs von nicht mehr als 100 000 Mark steuerfrei bleiben sollen. Diese Vermögenssteuer steht aber auch erst im äußeren Rahmen fest, über alle Einzelheiten muß das Kabinett noch Bescheid fassen.

## Die Berliner Presse zu den Steuerplänen

Berlin, 8. August. Neben die Steuerpläne des Reichskabinetts äußert sich die Presse folgendermaßen:

Die "Deutsche Tageszeitung" schreibt: "Das vorliegende Steuerdeutlich ist das umfangreichste und farbenreicheste, das dem deutschen Volke bisher beschert worden ist. Es ist das Bußgeld der Erfüllung". Es stellt zunächst im wesentlichen die Ausarbeitung der Pläne dar, die seinerzeit vom Finanzministerium in Vorschlag gebracht worden sind. Damals bandete es sich besczlich um Parallellarbeiten des Finanzministeriums auf der einen und des Wirtschaftsministeriums auf der anderen Seite, wobei letztere sich besonders auf der Erfassung der Goldwerte anstrengte. Es zeigt sich, daß man zunächst nicht zuletzt wohl aus Gründen der praktischen Durchführung, darauf verzichtet hat, die Goldwerte steuerlich auszunützen. Die Steuer-Minister und Erzieherungen des Finanzministeriums sind leichter durchführbar und die Quellen schneller zu erledigen. Aber der Schlußtag der amtlichen Ankündigung sagt ja mit aller Deutlichkeit, daß für die Rückziehung des Gesetzes mit der Rute der Reparationsnoch nicht alles Tag Abend ist und daß die wirtschaftsministeriellen Goldverhältnisse weiterer Gewidrigkeit unterliegen werden.

Der "Berliner Volksanzeiger" meint: Wenn noch auf anderem Wege, als dem der Besteuerung, der Besitz, wie die Regierung anbietet, zu den Gütern des Reiches herausgezogen werden soll, so besteht diese Absicht auf Besteuerungen, denen sicherlich andere als solche gerechter Lastenverteilung zugrunde liegen. Die bisherigen Unterlagen, die Reichskanzler und Reichsfinanzminister Dr. Wirth nach dieser Richtung getan hat, waren bereits deutlich genug. Sollten sie sich wirklich zu konkreten Vorlagen verdichten, so würden sie nur noch allerschwersten innerpolitischen Kämpfen durchzuführen.

Die "Sächsische Zeitung" urteilt in folgenden Worten: "Das Programm, das hier vorgelegt wird, entspricht in seinen wesentlichen Hügeln den Anstrengungen, die bereits früher durch die Presse gegangen sind, und den Ausführungen, die der Reichskanzler und Finanzminister Dr. Wirth in seinen beiden Reden im Reichstag und im Reichswirtschaftsrat gemacht hat. Sehr charakteristisch ist der Hinweis in der Begründung der neuen Vermögensabgaben, daß die 'direkten' Steuern auch weiterhin unter aller Umständen den 'indirekten' die Wagen haben sollen. Die Scheidung zwischen direkten und indirekten Steuern ist bei der Größe des Finanzproblems, das wir zu lösen haben, mehr politisch bedeutsam, als finanziell fruchtbar, und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die wirtschaftlichen produktions- und verbrauchspolitischen Wirkungen des aufs äußerste angestrahlten Vermögensbesteuern den indirekten Abgaben sehr ähnlich werden. Man hat, so scheint es, aus den Erfahrungen der Essbergerischen Finanzreform nicht sehr viel gelernt."

Das "Berliner Tagblatt" äußert sich über die Steuerklärung des Kabinetts wie folgt: "Sie muss auch die eindrucksvollsten Gemüter schwer entzücken. Die Erklärung beginnt sich damit, fünfzehn Steuervorlagen nach ihren Nebenstreifen zu registrieren und ein paar, oft ganz unklare, Andeutungen daran anzufügen. Kein Wort über das veranschlagte Ergebnis der Steuern, kein Wort darüber, wie denn nun eigentlich die jährlich notwendige Summe von etwa hundert Milliarden neuer Steuern aufzutragen werden soll. Denn niemand wird ernstlich glauben, daß dieses Sammeln in ausreichend ausreicht, um auch nur zwei Drittel der erforderlichen Gesamtsumme zu erreichen. Die Regierung zieht selbst leicht die jämmerlichen Erfolge, wie wir erfahren, auf höchstens 80 Milliarden Mark. Selbst wenn dieser Optimismus berechtigt wäre — wie soll der Rest gedeckt werden?"

## Breitscheid über die Reichsregierung

Paris, 8. August. Der unabhängige Reichstagsabgeordnete Dr. Breitscheid, der sich in Paris aufhält, veröffentlicht im "Populär" einen Artikel, in dem er heißt:

Die augenbläßliche deutsche Regierung sei der Aufsicht seiner Partei über die Notwendigkeit zu reparieren. Obwohl sie die innere und die Finanzpolitik des Kabinetts Wirth nicht teile, so fordere doch die Christheit, anzuerkennen, daß dieses den ersten Wunsch habe, die Pflichten zu erfüllen, die der Friedensverein von Versailles bestimmt hat. Die Regierung habe das Ultimatum nicht eilig und allein angenommen, um das Land aus einer vorübergehenden gefährlichen Lage zu retten, um Zeit zu gewinnen, sondern weil sie aufrichtig wünschte, endlich die Vollzügung der kleinen Maßnahmen zu verlassen, zu verfügen, um entschlossen den Weg zu geben, den das Gewissen und der Vertrag vorschrieben. Man werde in Frankreich gezwungen sein, anzuerkennen, daß die Regierung sich nach dieser Rücksicht nicht bewußt habe, Worte zu sprechen, sondern Taten folgen zu lassen. Die Regierung habe und ihre Unterschrift nicht unter das Ultimatum gesetzt, um Oberflächlich zu retten. Sie habe einfach agiert, was sie für richtig gehalten habe. In der Idee des Reichsvertrags habe dieser Gerechtigkeit verlangt. Aber es kann nicht gesagt werden, daß Deutschland das Recht habe, Oberflächlich zu verlangen, die Pflichten der Wirtschaftsverordnung verhindern zu lassen. Die Regierung habe, der Wirtschaft vertraut, die Möglichkeiten der Zahlung vereinbart. Der Friedensvertrag ist eine Erfüllung, die das Indienreich verlangt. In diesem Maße wäre das Indienreich der Regierung Wirth befriedigt. Einwider würde sie sofort durch ein rechtshohes Kabinett erzeugt werden, oder es würden neue Reichstagswahlen vorgenommen werden mit der Wahrung Oberflächlich, die für die Nationalisten besonders günstig ausfallen würden. Es handelt sich keineswegs um eine Parteidiskussion, wenn der Reichskanzler verschwindet, sondern es wäre eine Erneuerung für alle Nationalisten in Deutschland. Dr. Breitscheid schließt den Artikel mit der Erklärung: "Die Kapitalisierung Europas müßte das politische Ziel aller Völker sein. Eine Reinigung der französisch-deutschen Atmosphäre sei deren grundlegende Bedingung. Daher Oberflächlich bestehende eine Menge von Konflikten, die verschwinden müssen, damit normale Beziehungen zwischen dem französischen und deutschen Volke möglich würden. Es wage nicht, von einer Entente zu sprechen,

## Die Ankunft in Paris

London, 7. August. Lord George und Lord Curzon sind heute morgen mit der britischen Delegation nach Paris überreist. Paris, 7. August. Die französische Delegation beim Obersten Rat legt sich zusammen aus dem Ministerpräsidenten Briand, dem Minister Jouhaux und dem Generalsekretär Berthelot.

Paris, 7. August. Der italienische Minister der auswärtigen Angelegenheiten Marquis della Torretta ist heute abend in Paris eingetroffen. Der italienische Ministerpräsident Bonomi wird erst morgen kurz vor Beginn der ersten Sitzung des Obersten Rates in Paris anreisen.

Paris, 7. August. Der amerikanische Botschafter in London, Oberst Harvey, der als offizieller Vertreter der Vereinigten Staaten an der Sitzung des Obersten Rates teilnehmen wird, ist gestern in Paris eingetroffen. Der japanische Delegierte Hayashi wird ebenfalls am Dienstag in Paris anreisen. Die belgischen Delegierten, Außenminister Jospé und Finanzminister Léon, werden am Dienstag in Paris anreisen.

## Geschehen der englisch-französischen Differenzen

Berlin, 8. August. Dem „B.T.“ wird aus dem Haag gemeldet, daß sich am Sonnabend noch kein Anzeichen dafür zeigte, daß von englischer Seite in Paris eine vorläufige Lösung der oberösterreichischen Frage erwartet wird. Auch von französischer Seite scheint der Plan des Provisoriums ausgegeben zu sein. Da aber die Schwierigkeiten für Briand, den englischen Wünschen entgegenzulommen, enorm sind, so ist immer noch mit einem halben Resultat der Pariser Konferenz zu rechnen. Bei den englischen Wünschen handelt es sich nach dem „Daily Chronicle“ um eine der Störz-Linien, das heißt, eine „Demarshierung innerhalb des Industriebedarfs“. Dagegen liegen Informationen des „Daily Telegraph“ aus Paris vor, nach denen die französischen Pläne immer noch bedeutend weiter gehen. Es scheint daran, daß schon einiges aus der Eröffnungssitzung Briands, die er am Montag halten wird, bekannt ist. Briand wird die Einschränkungen des deutschen Industriegebietes plädieren und dabei auf der berühmten Arsenalidee fußen, daß Deutschland nämlich dort den nächsten Krieg vorbereiten werde. Was die Auslegung des Abstimmungsergebnisses angeht, so will Briand an dem Wortlaut des Friedensvertrages so, wie er ihn auffaßt, festhalten, daß nämlich die Beurteilung dieses Ergebnisses nach Gemeinden vorzunehmen sei.

Zu London sieht man der oberösterreichischen Konferenz mit einem gewissen fatalismus, aber auch mit Beunruhigung entgegen, weil sich bisher nicht die Spur einer gemeinsamen Basis entwickelt hat und die Vorkonferenz der Sachverständigen erfolglos verlaufen ist, genau so, wie man es in London vorausgesetzt hat. Man sieht aber in London doch zu erwarten, daß das Ereignis der Konferenz für Deutschland nicht so vermeidbar werden wird, wie es nach den französischen Wünschen der Fall sein würde. Die sehr hohe Unterbeteiligung englischer und amerikanischer Banken an dem holländischen Kredit für die deutsche Wiedergutmachung läßt zum Beispiel auf einen gewissen Optimismus schließen — für Deutschland ist allgemein, aber auch für die Wahrung der oberösterreichischen Freiheit. Eine Rolle spielt ohne Zweifel auch die Tatsache, daß Polen neuerdings eingeschlagen zu haben scheint, daß die wirtschaftliche Annäherung an Deutschland, die für Polen unabdinglich notwendig ist, unmöglich wird, wenn Deutschland bei der kommenden Entscheidung ungerecht behandelt wird. Die Entwicklung in Polen, die sich neuerdings so deutlich abzeichnet, hängt außerdem zusammen mit sehr dringenden Wünschen der Polen in Oligarchien, wo die Grenze zwischen Polen und der Ukraine noch festzulegen ist. Man weiß darauf hin, daß die Frage in Warschau neben Oberösterreich auch außerordentlich wichtig gehalten wird und bei den Verhandlungen in Paris ein Kompenationsobjekt bilden könnte, wenn es sich lediglich um Deutschland und Polen handelt. Der Weißrussische ist an einer für Deutschland katastrophalen Lösung ist aber leider nicht Polen, sondern Frankreich. Das weiß man in London sehr wohl.

## Die Tagessordnung des Obersten Rates

Berlin, 7. August. Auf der Tagessordnung der Konferenz steht außer der Frage der Entsendung von Truppenverschwendungen u. d. Oberösterreich und der Auseinandersetzung des Abstimmungsschieds die Frage der Aufstellung der Rüstungsmauern am Rhein, die Auseinandersetzung der österreichischen Soldaten, die Frage der Herstellung von Rüstungsmaterial für den Vertrieb in Österreich, die Orientfrage, die Frage der Rüstung für Russland und jedenfalls auch die finanzielle Lage Österreichs. Der österreichische Gesandte in Paris soll gestern, wie „Reichs-Journal“ mitteilt, auf dem Oval d'Orsay erscheinen, um auf die kritische Lage Österreichs einzutreten. Nach dem gleichen Blatte ist es noch nicht sicher, ob die albanische Frage auch auf die Tagessordnung der Konferenz gesetzt wird. Für die Dauer der Konferenz sind auch bis zum Tage vorgesehen.

## Hardings Instruktion für Harvey

Berlin, 7. August. Präsident Harding bestimmt die von ihm zugewiesene Haltung im Schriftbild, in dem er die Einladung zum Obersten Rat annimmt. Harding erklärt darin: „Amerika hat ein lebhafte Interesse an angemessenen wirtschaftlichen Beziehungen und einer gerechten Regelung des Weltproblems. Es müßte deshalb, mit dem Obersten Rat bei der Erörterung dieser Fragen mitzuwirken. Die sich aus dem Kriege ergebenen wirtschaftlichen Fragen interessieren die Vereinigten Staaten, müssen sie nun die Rehabilitation Europas und das Wohlergehen Amerikas berücksichtigen oder unmittelbar den amerikanischen Handel betreffen“. Harding betrachtet die tatsächliche Anerkennung einer „Politik der offenen Tür“, die gleiche Handelsmöglichkeit gewährt, als wesentlich für die Wiederherstellung normaler Tätigkeit in der Welt.

## Neue französische Forderung

Paris, 8. August. Pertinax teilt im „Echo de Paris“ mit, daß Marshall Foch und die militärische Kommission in Versailles einen Plan ausgearbeitet, um Deutschland zu verhindern, Handelsluftschiffmaterial in Kriegsflugzeugen umzuwandeln, und um einen Kontroll-

organismus zu schaffen, der nach Beendigung der Tätigkeit der jeweiligen Entwicklungskommission aufzuhören werden sollte. Vor zwei Monaten habe sich die englische Regierung geweigert, diesem Plan ihre Zustimmung zu geben und habe erklärt, nach Artikel 218 des Friedensvertrages sei der Völkerbundstaat allein berechtigt, Überwachungen auszuführen. Auch der Völkerbundsrat habe den Konsult nicht lösen können, und die Angelegenheit sei an den Obersten Rat weitergegeben worden.

Paris, 7. August. Der „Tempo“ weist in seinem heutigen Heftknoten darauf hin, daß morgen in Paris eine Woche beginne, die über die Zukunft entscheiden werde. Dem Ernst des Augenblicks könne niemand entgehen. Die alliierten Regierungen hätten sich darüber Rechenschaft abzulegen, daß die Zukunft des europäisch-englischen Einigkeits und der Zukunft des europäischen Friedens auf dem Spiele stehe. Bevor man über die Teilung Oberösterreichs sprake, könnte sich der Oberste Rat über die Truppenförderung aussprechen. Wenn das französische Volk die Entsendung von Verstärkungen erwünsche, so habe es dabei keine Unterordnung. Wenn man keine Lösung der oberösterreichischen Frage finde, die Frankreich als gerecht ansiehe, so müsse man die oberösterreichische Frage in der Schwebe lassen, denn keine französische Regierung könne einer Regelung zustimmen, die die Volksmasse in Frankreich für ungerecht halte. Frankreich werde sich dann auch selbst zurückziehen und werde sich damit befriedigen, einem deutschen Angriff vorzubeugen. Auf jeden Fall, so schließt das Blatt, muß eine Verständigung gesucht werden, denn unter dem Seichen der Verständigung muß es einen Ausweg geben. An diesem Zeichen haben wir gelesen. — Werner schreibt Pointcaré in einem „Tempo“. Kritik über den Obersten Rat: Noch einmal vereinigen sich die alliierten Minister unter dem Namen eines Obersten Rates, um über die Völker zu entscheiden. Hoffen wir, daß sie diese Missionen Kunst befreien werden, um endlich eine allgemeine Aussprache miteinander zu pflegen und eine Überprüfung zu vermeiden. Sie sollen mit ausgerichtetem Kopf die verschiedenen Probleme sondieren, deren Lösung die alliierten Mächte bis jetzt in entgegengesetzter Richtung gefußt haben. Es ist Zeit, etwas Harmonie in die Handlungen der Völker zu bringen, die den Krieg gewonnen haben, und die auch den Frieden gewinnen wollen.

## Die Verteilung der deutschen Zahlungen

London, 7. August. Die Dominionkonferenz, die vorgestern ihren Abschluß fand, beschäftigte sich u. a. auch mit der Verteilung der von Deutschland zu zahlenden, für England bestimmten Reparationssummen. Danach erhalten das Vereinigte Königreich 88,95 Prozent, die kleineren Kolonien 0,80 Prozent, Kanada und Australien je 4,35 Prozent, Neuseeland 1,75 Prozent, Südafrika 1,60 Prozent, Neuseeland 1,10 Prozent und Süden 1,20 Prozent.

## Die Währungskonferenz

Genf, 7. August. Die Dominionkonferenz, die vorgestern ihren Abschluß fand, beschäftigte sich u. a. auch mit der Verteilung der von Deutschland zu zahlenden, für England bestimmten Reparationssummen. Danach erhalten das Vereinigte Königreich 88,95 Prozent, die kleineren Kolonien 0,80 Prozent, Kanada und Australien je 4,35 Prozent, Neuseeland 1,75 Prozent, Südafrika 1,60 Prozent, Neuseeland 1,10 Prozent und Süden 1,20 Prozent.

## Die Währungskonferenz

Genf, 7. August. Der „Herald“ meldet aus New York: Die Eröffnung der internationalen Währungskonferenz ist offiziell auf den 3. November festgesetzt worden. Die Einladungen wurden, die in den letzten Tagen das Weiße Haus verlassen haben, tragen dieses Datum. Die Tagessordnung wird sich auf die Abstimmung zu Ende und auf die Festlegung des jährlichen Budgets des Flotten beschäftigen.

Wie aus Washington gemeldet wird, überreichte Senator Voran dem Senat eine Entschließung, in der er die Heraushebung der amerikanischen Heeresstärke auf 100 000 Mann fordert.

## Unerhörte Annahme

Berlin, 7. August. Im Schlafwagen des 2. Auges Berlin-Norddeich hat sich der französische Kapitän Langewies, der in verbotswidriger Weise rauchte, der Feststellung seiner Personalien widersetzt und war schließlich auf Veranlassung des Zugspersonals von Polizisten aus dem Zuge entfernt worden. Jetzt hat der Vertreter des Generals Moller, General Westerman, eine in außerordentlich schofsem Tone gehaltene Note an die deutsche Regierung gerichtet, in der die Amtsenthebung des fraglichen Polizeibeamten, Entschuldigung und Verabschiedung des fraglichen Polizeibeamten, Entschuldigung und Verabschiedung in allen größeren Zeitungen verlangt werden. Die deutsche Regierung wird, ehe sie zur Note Stellung nimmt, den tatsächlichen Sachverhalt genau feststellen.

## Die Kosten der amerikanischen Besatzungstruppen

Paris, 8. August. Nach der Chicago Tribune hat die Reparationskommission beschlossen, an Amerika keinen Beitrag für seine Belagungskosten in Deutschland zu leisten, da die Vereinigten Staaten den Vertragsvertrag nicht ratifiziert hätten. Um Erfah für die Kosten, die sich gegenwärtig auf ungefähr 275 Millionen Dollar belaufen, zu ermitteln, müssen die Vereinigten Staaten mit Deutschland direkt verhandeln.

Paris, 8. August. Chicago Tribune teilt mit, daß heute der Oberkommandierende der amerikanischen Truppen am Rhein General Allen in Paris ankommen soll. Er werde Befredigungen mit dem Reichschafter Harvey über die Kosten der amerikanischen Besatzungstruppen haben.

## Sächsische Volkszeitung — Nr. 181 — 9. August 1921

### Afchenbrödel

Originalroman von Erich Ebenstein  
Copyright 1919 by Greiner u. Comp. Berlin B. 80.

(12. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten)

Brigitte erschien an diesem Abend nicht mehr im Salón. Sie ist erst spät und ganz durchgeföhrt, habe Kopfschmerzen und habe sich sogleich zu Bett gegeben, berichtete Frau von Osterberg, die noch einmal nach ihr geschaut worden war.

Alex Heilmann empfahl sich daraufhin bald. „Da meine Mission für heute zu Ende ist, kann ich Sie von meiner unliebsamen Gegenwart befreien,“ sagte er beim Abschied zu Holde.

Sie nickte nur lächelnd. Möchte er doch gelten! Defto dachte.

Und sie bemühte sich nach seinem Weggehen, doppelt heiter zu sein.

Als die paar Gäste, welche im Laufe des Abends noch gekommen waren, um sich ihre auszudenken, gab sie ihnen noch das Geleit bis zum Tore. Sie verabredete mit dem Maler Welten einen Stellerbesuch für morgen und tröstete Dr. Halban. Das selbe strahlende Lächeln, das alle den ganzen Abend über bewundert hatten und sie festenfest an das Glück der jungen Frau glaubten ließ, lag auf ihrem schönen Antlitz, als sie jedem zum Abschied die Hand schüttelte: „Es war so hübsch, daß Sie kommen! Auf Wiedersehen!“

Aber es erloß jäh, als sie dann langsam durch die leeren, hell erleuchteten Gemächer zurückging, um ihres Vaters aufzufinden.

Herr Oppach und Frau Leonie hielten sich nach dem sogenannten chinesischen Zimmer beigegeben, einem entlegenen Raum, der seit Kurzem zur Aufbewahrung von Holdes Ausstattung bestimmt wurde.

Heute eben hatte ein Wäschelieferant wieder einen Teil der bestellten Waren geliefert und Frau Osterberg zeigte dem Hausherrn ein Stück für sie.

Sie sahte dabei über das sachverständige Interesse, das Oppach besaß. Er war doch wirklich ein vielseitiger Mann! Nieberall wußte er Geschäft und für alles interessiert er sich.

Hadte seine Gemahlin ihm das beigebracht? Es war Frau Hegnes gebürtiger Nummer, daß sie von dieser vor langen Jahren verstorbenen Frau so gar nichts wußte! Ob sie jedoch und vernahm gewesen, ob Oppach sie: aus Liebe erfreute und dient-

leicht darum noch jetzt so unempfänglich gegen das weibliche Geschlecht war? Jedermann sprach er nicht von der Verstorbenen. Aber nun konnte man ja auf den Strauch schlagen.

Herr Direktor denkt jetzt wohl an die heilige Frau Gewählin?“ sagte sie lächelnd.

„Wieso?“

„Nun, ich dachte nur so... daß es ihr Freude gemacht hätte, die Zubuter selbst zu besorgen für ihr Kind. Gewiß hätte sie es ja auch besser verstanden als ich... Denn nach den Kenntnissen ihres Gemahls zu schließen, muß sie viel Verständnis daffür besessen haben... wie eben jede schöne Frau, und schön war sie doch gewiß — nach Holde zu schließen!“

„Um — ja — natürlich...“

Die Worte hatten eine Art von Grimmerungen in ihm geweckt!

Seine Frau Nein, die holte nichts gewußt vom ersten Ding! In grobwollenen Strümpfen und deren Unterhose hatte sie daheim an Heid und Waschtag gestanden, während er sich die Füße würdig auf dem Neuerker Pfosten als Rüstungsträger, Wäschegagent, Vermüller kleiner Rüstengeschäfte und glockig als schlechtheitiger Clerc eines Wintersababors.

Nichts hatten sie mitgebracht aus der alten Heimat: als den unverlöblichen Traum eines märchenhaften Glücks, das ihnen die neue Heimat geben sollte. Über die hatte nicht viel gegeben als Holz, Elend und Entäußerung. Bis dann plötzlich die Wendung kam... eine ganz unerwartete, nie für möglich gehaltene Wendung.

Seine Frau holte den Aufzug nicht mehr erlebt. Sie war gestorben kurz nach Holdes Geburt, gerade als Oppachs Dienstleiter mit der kleinen Brigitte ins Haus platzte.

Der Sarg in einer Woche war er damals gefüllt und das Holz für die Begräbnisse hatte er sich noch borgen müssen.

Dann...

Oppach machte eine legerliche Kopfbewegung. „Ah, wozu denken? Sie ahnte niemand etwas von dieser sorgenvollen, düsteren Veranlagtheit. Als er drei Jahre später nach Europa zurückkehrte, war er schon der reiche Mann, dessen Geld in zahlreichen Unternehmungen arbeitete und sich unheimlich reich verstellte. Holde wurde dagegen erzogen, Brigitte kam schon als Kind in ein Schweizer Pensionat, wo sie mit vierzehn Unterbrechungen blieb, bis vor einem Jahre.

„Deine Mutter hat es so gewünscht,“ sagte er dem Vädchen einmal, und ich versprach ihr, die eine erstaunliche Erziehung zu stellen werden zu lassen.“

## Munitius Ceretti bei Millerand

Paris, 7. August. Der päpstliche Nuntius hat gestern im Schloß Rambouillet dem Präsidenten Millerand sein Beglaubigungsschreiben überreicht. In seiner Ansprache wies der Nuntius auf die gesichtliche Bedeutung dieses Tages hin, an dem die Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vatikan in alter Form wieder aufgenommen würden. Er sprach die Überzeugung aus, daß die Wiederaufnahme der Beziehungen für beide Teile große Vorteile mit sich bringen würde.

Millerand bestätigte in seiner Antwort die besondere Bedeutung dieses Tages unter den gegenwärtigen Umständen. Der Bevölkerung des französischen Parlaments, Kirche und Staat zu trennen, durch den ein freiheitlicher Zustand herbeigeführt und der Regierung ermöglicht werden sei, mit der katholischen Kirche achtungsvolle und vertrauliche Beziehungen zu unterhalten, empfange durch diesen Tag seinen wahren Sinn. Unter diesem neuen Regime könnten die öffentlichen Gemeinden mit dem Heiligen Stuhl überall da zusammenarbeiten, wo die Interventionsfrankreichs und die der katholischen Kirche einander berührten. Er freue sich, daß der Heilige Vater günstige Ergebnisse erhoffe von den neuen Beziehungen zwischen der moralischen Weltmacht des Apostolischen Stuhles und einem Volk, das dem Ideal der Gerechtigkeit und dem Frieden zwischen den Völkern ergeben sei.

Paris, 6. August. Die Beziehungen der französischen Republik zum Heiligen Stuhl, die durch den unfreien Kulturkampf, welcher bekanntlich auch die Trennung von Kirche und Staat brachte, Jahre hindurch abgebrochen waren, sind nun in voller Umfang wieder aufgenommen worden. Mit Ausnahme der Kreuzmauer, deren Werk ja die Trennung war und für sie die Wiederaufnahme der Beziehungen daher eine Riedlage bedeutet, feiert man sich in ganz Frankreich über die Wiederaufnahme Frankreichs an die Kirche. Dementsprechend gestaltete sich auch der Empfang des neuen päpstlichen Gesandten für Paris, Mgr. Ceretti, außerordentlich glänzend. Begrüßte Kirchenfürsten und kirchliche Würdenträger, die Führer der katholisch-kirchlichen Bewegung, der außerordentliche Gesandte der französischen Republik beim Heiligen Stuhl, Donnat, der Missionsdirektor des Auswärtigen Amtes Graf Contenon, und viele herausragende katholische Persönlichkeiten Frankreichs haben sich zum Empfang des päpstlichen Gesandten eingefunden. Nach der Begrüßung durch den Erzbischof von Paris, Kardinal Dubois, und durch den französischen Sondergesandten Donnat begab sich der Nuntius unter lebhaften Beifallsklatschungen der zahlreichen Anwesenden im Automobil ins Nuntiaturgebäude. Mgr. Ceretti gab zunächst seiner Freunde Andraitz, daß nunmehr der Kontakt zwischen Frankreich und der geistigen Macht des Heiligen Stuhles wieder hergestellt sei. Er freute sich, daß nunmehr offiziell die Beziehungen zwischen beiden Mächten wieder aufgenommen werden seien und damit ein Zustand hergestellt sei, wie er dem Antreibe und der Wehrkraft einer großen Nation entspreche. Bei Erfüllung meiner Aufgabe, sagte der Nuntius, werde ich nicht vergessen, daß Frankreich eine geistige Republik und ein demokratischer Staat ist. Sodann erinnerte er daran, daß es Pflicht aller, die guten Willens seien, in die Freiheit und Eintracht zu treten. Eines der Hauptwohlwände, die ihn beschäftigen, sei das des Orients. Der französische Sondergesandte M. Donnat gab sodann seiner Freunde Andraitz, daß nunmehr der Kontakt zwischen Frankreich und der geistigen Macht des Heiligen Stuhles wieder hergestellt sei. Er ist der Zeit, da er in Rom wirkte, sei ihm immer mehr zum Gewissen gekommen, daß Frankreich mit dem Abbruch der Beziehungen zum Vatikan einen großen Fehler begangen habe.

## Der polnische Aufmarsch

Kattowitz, 7. August. Die im Aufstellung begriffene polnische oberösterreichische Division, die nach dem letzten Krieg noch Posen gebracht wurde, ist jetzt in Goleniowice untergebracht. Ihre Stärke beträgt etwa 8000 Mann. Darauf befinden sich die Leute aus Niederschlesien. Ausbildung und Verpflegung dieser Division ist gut, desgleichen die Besoldung. Die Division soll auch in Zukunft Bestandteil der polnischen Armee bleiben. Angesamt liegen in Goleniowice etwa 80 000 Mann reguläre polnische Truppen. Einige der französischen Regimenter verfügen über französische Disziplinare. Unter den Truppen pricht man allerdings davon, daß es in Kürze wieder losgehen soll. Auf der Straße zwischen Goleniowice und davorliegenden Truppenstandorten geht.

Berlin, 7. August. Im Wissensprechen führen zurzeit polnische Einheiten auf. Die „Gazette“ 1917 Nr. 140 müssen sich zu Stammreihen melden und werden dann den Gruppenformationen zugeführt. Eine große Anzahl der Einheiten desertiert und verzweigt, über die Grenze zu fliehen, da sie einen Abtransport nach Kongresspolen und zur Vermehrung in dortigen Truppenstellen befürchtet. Infolge der vielen Personen fahren die Transporte jetzt stets unter starker Sicherung.

„In Wahrheit aber konnte er Brigitte's Ausblid nicht erkennen. Sie hatte die Augen ihrer Mutter, Augen, die ihn malten an Dinge, die er unbedingt begeissen wollte.“

Nun hatte das harmlos hingeworfene Wort der Osterberg die Erinnerung daran wieder einmal heraufbeschworen. Vermüttet wandte er sich an Holde, die schweigend eingetretet war und den Blick gleichzeitig über die aufgestapelten Schädel schickte.

„Wo steckst denn Brigitte eigentlich den ganzen Abend über? Hat sie wirklich so arge Kopfschmerzen?“ fragte Oster

**Zusammenstoß zwischen Polen und Franzosen**

Oppeln, 7. August. In Nyslai ist es zu einem bewaffneten Zusammenstoß zwischen einer polnischen Bande und französischen Soldaten gekommen, über den bis jetzt nichts endgültiges bekannt wurde. Eine französische Streife stellte ein polnisches Bande, die ein Tavernehaus ausgeplündert und dabei auch die dort untergebrachten französischen Truppen vollständig ausgeraubt hatte. Die Aufforderung des französischen Führers, die Waffen niederzulegen und sich zu ergeben, beantworteten die Polen mit Maschinengewehrsalven, so daß sich die Franzosen mit Verlusten zurückziehen mußten. Bisher ist es nicht gelungen, der Bande, die sich anscheinend in einer der bei Nyslai gelegenen Waldungen verbirgt, das Hand zu fassen. Die Rettung des Schicksals will es, daß es sich, wie die Franzosen gewollt einwandfrei feststellen konnten, um Mitglieder der von französischer Seite eingerichteten und bewaffneten Kreismechern aus den umliegenden Dörfern handelt.

**Der Verband fordert die Auflösung des bulgarischen Heeres**

Sofia, 7. August. Die bulgarische Telegraphenagentur veröffentlicht folgende diplomatische Mitteilung: Die Interalliierte Militätkommission hat die Auflösung des bulgarischen Heeres innerhalb einer Frist von zwei Monaten sowie die Umarbeitung des künftigen Heeres in ein freiwilliges Heer fordert. Obgleich das jetzige Heer aus der allgemeinen Dienstfahrt hervorgegangen ist, übersteht es doch nicht die im Friedensvertrag festgesetzten Höchstgrenzen. Wenn Bulgarien das jetzige Heer aufstellt, so wie es die Interalliierte Kommission verlangt, so wird das Land von diesem Tage an ohne Heer sein. Denkt die von der Regierung unternommene Versuche, Freiwillige auf die Dauer von 12 Jahren zu werben, sind erfolglos erledigt. Der neue Schrift der Interalliierten Kommission hat auf das bulgarische Volk und die Presse einen sehr unheilvollen Eindruck gemacht. Man hatte sich der Hoffnung hingemacht, daß die Auflösung des Heeres noch nach erfolgen könnte, damit das Land im gegebenen Augenblick nicht ganz ohne Heer bestehe.

**Die Unnachgiebigkeit Ulsters**

London, 7. August. Die Ulsterer hat das Unterhaus-Parlament auf den 16. August einberufen. Die Londoner Regierung durch zahlreiche in Gefangenissen steckende Abgeordnete dafür bestreiten. Die Aussichten der Sitzung werden verschieden betrachtet. Der "Daily News" liegt ein ungünstiger Bericht über die Unnachgiebigkeit Ulsters vor. Andere glauben, daß die Verhandlungen noch anbahnen. Die Lage wird durch den drohenden Streik der sonst mit Sinnheim zusammenhaltenden Arbeiterschaft beeinträchtigt.

**Streugelöbnis der Dominions**

London, 7. August. Die Premierminister des britischen Reiches richten an den König eine Note, die ihre loyale Ergebenheit dem Thron gegenüber zum Ausdruck bringt und erklärt, sie seien sich im Verlaufe ihrer Beratungen stets dessen wohl bewußt gewesen, daß das wichtigste Bindemittel, das ihre so weit voneinander entfernten Völker zusammenhält, die Zone sei, „und“ so heißt es wörtlich weiter, „unter Vorbehalt, daß keine Veränderungen in unserem völkischen Verlande oder in der Regierungsförm die uns allen gemeinsame Zone dem Reiche und seinem Souverän gegenüber schwächen soll.“

**Rekonstruktion der tschechoslowakischen Regierung**

Prag, 7. August. Wie von parlamentarischer Seite mitgeteilt wird, wird unmittelbar nach der Rückkehr des Präsidenten Wlaslaw, die in kommender Woche erfolgt, eine Beratung wegen der Rekonstruktion der Regierung stattfinden. Es soll bereits feststehen, daß die formelle Demission der Regierung Czerny noch im Laufe der nächsten Woche erfolgen wird. Das Ministerpräsidium soll der agramatische Abgeordnete Svecchia übernehmen.

**Zum Zwischenfall in der Kolabucht**

Alga, 7. August. In einer Befürwortung an die sowjetisch-polnischen Staatsräte lehnt Tschauderzky die Verantwortung für die Belästigung der deutschen Minenarbeiter in der Kolabucht mit der Begründung ab, daß das Kommando der Küstenforts lediglich eine Konstruktion der Sowjetregierung befolgt habe, auf daß Kriegsschiffe zu feiern, die sich ohne ausdrückliche Genehmigung der Russen näherten würden.

**Delegiertentagung altenpäpstlicher Verbände**

Berlin, 7. August. Hier hat vom Montag bis Mittwoch eine Delegiertentagung der altenpäpstlichen Verbände Mitteldeutschlands stattgefunden. Die Verhandlungen waren vertraulich, bestrafen sich jedoch mit der augenscheinlichen Freiheit in Ausland und der Möglichkeit einer Gegenaktion der die Mehrheit der russischen Bevölkerung bildenden antipäpstlichen Parteien.

**Die Not in Rußland**

Riga, 7. August. Die Sowjet-Regierung macht einige statistische Daten über die Bedeutung der vom Hunger betroffenen Gebiete für die gesamte russische Ernährungswirtschaft. So wird angegeben, daß im Jahre 1919/20 bei einer Gesamtmenge von 212 Millionen蒲nd Getreide, die dem Ernährungskommissariat zur Verfügung standen, 87 Millionen蒲nd von denjenigen Hungergebieten geteilt werden mußten. Demgegenüber ist in diesem Jahre nicht nur ein einziger蒲nd Getreide aus den betroffenen Gebieten eingezahlt worden, sondern das Ernährungskommissariat ist noch genötigt, mit 60 Millionen蒲nd den hungernden Gebieten zu Hilfe zu kommen. In einem Aufruf an die Bauern fordert die russische Hilfskommission, daß das den Bauern der nicht vom Hunger betroffenen Gebiete bereit gestellte Saatgut nicht zurückgefordert werde. Das Ernährungskommissariat hat schon mit der Einsammlung desselben begonnen.

**Eine internationale Hilfsaktion**

Bern, 7. August. Das internationale Rote-Kreuz-Komitee beschließt eine Mitleitung, in der es u. a. heißt: Angesichts des Elends der Bevölkerung Rußlands und der Ukraine, von der sie bedroht wird, sind das internationale Rote-Kreuz-Komitee und die Rote-Kreuz-Vereine von verschiedenen Seiten aufgefordert worden, den Regierungen des Volkerbundes und der Wohltätigkeitsorganisationen Vorschläge zu machen, um ein internationales Hilfswerk zu gründen, das die Tätigkeit der einzelnen Regierungen zur Versorgung Rußlands mit Lebensmitteln zentralisiert. Das internationale Rote-Kreuz-Komitee ist überzeugt, daß nur ein mächtiger internationaler Organismus unter Beihilfe aller Regierungen mit gutem Beispiel voran die Sowjetregierung eine wirkliche gewandtheitige Hilfsaktion und die Initiative zur einheitlichen Sammlung und Verteilung des Hilfsmittels ergreifen kann, und fordert deshalb die Delegierten aller europäischen und amerikanischen Vereinigungen, die ausgenommen Rußland eingreifen wollen, dazu auf, sich am 15. d. W. in Genf zur Vorbereitung einer internationalen Hilfsaktion einzufinden. Das Komitee hofft, daß auch die Regierungen ihre Vertreter zu dieser Zusammenkunft entsenden werden.

Kopenhagen, 6. August. "Politiken" wird aus Riga telegraphiert: In der Zeit vom 25. bis 27. v. M. hat auf Einladung des amerikanischen Roten Kreuzes in Riga eine Konferenz von Vertretern Lettlands, Litauens und Estlands stattgefunden, um eine Organisation zum Kampfe gegen die Einschleppung von Krankheiten aus Rußland zu schaffen. Die Konferenz beschloß u. a., ein Bureau mit sanitären Sachverständigen aus den Ostseeprovinzen zu errichten und ein Quarantänelager in Odessa zu schaffen.

**Gesetzliche Wollbestellung****Parlamentsstimmrechte in Danzig**

Berlin, 6. August. Wie aus Danzig gemeldet wird, ist trotz der ausgetragenen Vorjäle vom Donnerstag, wo es zur Belebung von zwei Abgeordneten und schließlich zur Verlegung der Sitzung kam, der gestrige Tag fast völlig ruhig verlaufen. Nur im Vorstoss gab es wieder eine stürmische Sitzung des Reichenstags, wo die Sozialdemokraten den Abgang des deutschnationalen Parlamentspräsidenten verlangten. Die sozialistischen Parteien brachten den Antrag ein, der die sofortige Freilassung der gefangen verhafteten Kommunistenführer und Entlastung des Verfahrens gegen sie fordert. Der Untersuchungsrichter hat den Haftbefehl gegen die Festgenommenen erlassen.

**Reichsernährungsminister Hermes in Mainz**

Mainz, 7. August. Die Meile des Reichsernährungsministers Dr. Hermes hat mit einer Verpflichtung in Mainz ihren Abschluß gefunden. Anwesend waren etwa hundert Personen aus Hessen und Hohen-Rhein, darunter die Vertreter der Städte, sämtlicher wirtschaftlichen Körperschaften aus Hessen, Gewerbe und Landwirtschaft, Vertreter der Beamten, Angestellten, Werke und Landwirtschaft, Vertreter der Beamten, Angestellten, Gewerbe und Brancheorganisationen. Im Mittelpunkt der dreieinhalb Stunden dauernden Besprechungen standen die Röte des Landwirtschafts in Folge der Dürre. Es wurde verlangt eine Milderung der Umverteilung für Getreide, mit denen Hessen hoch belastet sei. Beschaffung von Buttermitteln und Fleischwaren, Fleischermäßigungen dazu, Verbilligung des Saatgutes usw.

An seinen Ansprüchen beruhte Dr. Hermes, daß die Landwirtschaft seinerzeit der Einführung des Umlageverfahrens zugunsten habe, also jetzt nicht dagegen Einwendungen erheben könne. Etwas anderes sei es, wenn infolge der geringeren Ernte die Sollzusage sich als zu hoch erwiesen. Darüber könnte man verhandeln. Aber durchzuhören müsse man die Ablehnung der Umlage als solche, sonst stände man vor einer Katastrophe. Für die Erzielung angemessener Saatgutpreise seien Schritte getan. Die weitere Verteilung von Mais unter besondere Berücksichtigung der kleinen und mittleren Betriebe solle in Angriff genommen werden. Es ständen noch zur Verjährung 600.000 Tonnen. Dazu kämen noch Bestände aus den Buttermitteln zwangswirtschaftlich, die allerdings nicht sehr groß seien. Die Einheit von Getreide solle zur Anhäufung eines Stoffs auf eine breitere Grundlage gestellt werden, unter Beibehaltung der Zentralstelle, aber unter stärkerer Beteiligung des Handels. Die ganze Handhabung solle liberaler gestaltet werden. Die Kartoffelernte lasse sich wohl nicht überschreiten, zu große Sorge sei nicht gerechtfertigt. Die freie Entwicklung und der Wettbewerb des wirtschaftlichen Kräfte sei das gegebene Ziel, der Staat könne damit nicht weiterspielen.

Aus der Bekanntmachung heraus wurde dann noch auf die schwere Lage der Pferde und Schafzüchter, der Kleintiere usw. bei der kommenden Ernte verzweigt. Die Tiere könnten, die Handel und Industrie dem Erfolge nahe gebracht haben, janden schwere Verarbeitung. Gleichzeitig wurden schwere Nachnahmen gegen das Loch im Reiche erwartet. Zum Schluss erinnerte Dr. Hermes zur eimüttigen Arbeit für das Vaterland unter Ausschaltung von Sonderinteressen. Das Große müsse das Ziel sein, über die kleinen Einzelheiten werde man sich einigen.

**Religion und Muttersprache in Oberösterreich**

Am Vorlage von Georg Stille in Berlin ist heute eine abwehrende Antwort freier wissenschaftliche Akademie zur oberösterreichischen Frage verabschiedet: "Die wirtschaftsgeographische Grundlage des oberösterreichischen Kräfte" von Professor Dr. Wilhelm Volz, Geheimer Regierungsrat und Direktor des Geographischen Instituts der Universität Wien. Der Professor weist in diesem Buchlein gemäß den wirtschaftsgeographischen Grundlagen die Unzulänglichkeit Österreichs (nicht nur das Industriegebiet und nicht nur das Abfertigungsgebiet) in sich und die Unzulänglichkeit von Deutschland nach. Ein gerechtes Überleben müsse verbleiben, ein von Deutschland losgerissenes Österreich in der Höhe seiner Produktion existieren, und da es von Polen nicht ernährt werden kann, vermagnen. Der Nachweis für diese Tatsachen könnte gerade noch zur besten Zeit für die Konzentration der Gewalt, sie möchten Adressen auch in Deutschland und namentlich in Oberösterreich allgemein bekannt werden, nun die notwendigste allerschärfste geistige Widerabwehrung zu erzielen gegen das Unheil, das Österreich unverzagt bedroht. Deshalb gehört das Österreich in die Hand eines jeden oberösterreichischen und deutschen Politikers, denn nicht handgrauen und Verheyung, sondern Einsicht und Weisheit müssen leisten. Endes über das Schicksal Österreichs entscheiden.

In das Kapitel Handgrauenpolitik ist leider auch das Kapitel Religion und Muttersprache hineingerauscht. In so unverbürgter Form sind die Beziehungen deutsch und evangelisch einerseits und katholisch und polnisch andererseits einander gleichgestellt worden. Geheimrat Professor Dr. Volz untersucht auch diese Kräfte mit dem ungewöhnlichen Mittelzug der nationalen Wissenschaft und kommt zu den folgenden Erklärungen und Ergebnissen:

Ein weitverbreiteter Irrtum ist es, daß man deutsch und evangelisch und im Gegenteil dazu polnisch und katholisch gleichfest ist; so unvergeßlicher, als ja 36,7 Prozent aller Deutschen katholisch sind. Jetzt ist es war, daß einmal die Reformation im humanistischen Scheine großen Anfang gefunden hat; in österreichischer Zeit hat aber die Gegenreformation mit aller Schärfe für den Katholizismus gewirkt.

Die polnische Geistlichkeit und die Nationalpolen lieben es, einen Gegensatz zu schaffen und Religion und "Muttersprache" zu verbinden.

Ein Blick in die Statistiken führt zu überraschenden Ergebnissen:

Kreis	in Prozent der Gesamtbewohner			also Proz.
	Deutsche Muttersprache	Engl. Muttersprache	Andere Muttersprachen	
Kreuzburg	46,9	65,5	0,8	?
Rosenberg	16,4	11,1	0,5	4,8
Oppeln (Stadt)	80	21,8	1,8	56,0
Oppeln (Land)	20	8,6	1	10,4
Groß-Sieghart	17,2	4,8	0,4	12,5
Gublin	14,7	4,3	0,9	9,5
Gleiwitz (Stadt)	73,9	15,5	2,7	55,7
Gleiwitz (Land)	20,3	2,3	0,8	17,7
Tarnowitz	27,0	4,7	0,75	21,5
Beuthen (Stadt)	60,6	10,7	8,8	26,1
Beuthen (Land)	30,2	3,8	0,8	20,1
Hödingerbüttel	54	10,4	1,2	42,4
Hindenburg	99,8	4,2	0,75	34,8
Kattowitz (Stadt)	85,4	20,7	6,7	58
Kattowitz (Land)	80,3	4,9	0,7	24,7
Gleiwitz	18,4	8,2	0,8	4,6
Gleiwitz (Stadt)	18,8	4	0,8	14,2
Katzbach	59,6	10,7	2	48,7
Katzbach (Stadt)	11,2	1,1	0,1	10
Katzbach (Land)	21,8	4,7	0,2	16,9
Kosel	84,5	8,6	0,8	75,6
Leobschütz	52,7	7,2	0,2	45,3

Es ergeben sich aus dieser Tabelle die beiden eigenartigen Tatsachen:

- 1.) daß es im Kreise Kreuzburg mindestens 20 Prozent Evangelische mit polnischer Muttersprache gibt.
- 2.) daß der weltweit größte Teil sämtlicher oberschlesischen Deutschen — katholisch

Kennzeichnung. In den Ergebnissen der Volkszählung (bis von 1910) werden nur die Zahlen der Evangelischen, Katholiken, der Deutschsprachigen und Polnischsprachigen aufgeführt, zu der Annahme, daß alle Evangelischen deutsche Muttersprache haben (weltl. aber dazu oben den Kreis Kreuzburg), und daß die Juden deutsch sprechen, kann man leicht die Mindestzahlen der bethitischen Katholiken herausrechnen.

**Das Verhältnis Bayerns zum Vatikan**

ist durch die Verlegung der päpstlichen Rundstube von München nach Berlin und durch Schaffung einer Vertretung des Vatikans unmittelbar bei der Reichsregierung in seinem sozialen Institut nicht berührt worden. Das kam zum Ausdruck in den Beratungen des Haushaltsausschusses des bayerischen Landtages, als die Förderung einer Aufwendungsentlastung von 20.000 Mark jährlich für den jeweiligen bayerischen Kardinal von den Sozialdemokraten angegriffen wurde.

Der Kultusminister Matt begründete die Förderung mit Ausführungen, die ein weiteres Interesse haben. Er erklärte, daß die Errichtung einer päpstlichen Rundstube für das Reich, einen eigenen Vertreter beim Vatikan zu haben. In seiner Eigenschaft als Kardinal gehörte der Münchener Erzbischof zum obersten Regierungssitzel des päpstlichen Stuhls, und es sei für das Land, in dem er wohnt, selbstverständlich von der größten Bedeutung, durch eine solche Besonstlichkeit Einfluß auf die Regierungsmahnmahmen des Kardinalkollegiums nehmen zu können. Wohl habe Bayern einen Einfluß beim Vatikan, aber es kann einen unmittelbaren Einfluß auf dessen Regierungsmahnmahmen natürlich nicht ausüben. Die bayerische Regierung würde es begrüßen, im bayerischen und im deutschen Interesse, wenn durch die Annahme des Auftrages die Möglichkeit zur Verhandlung des deutschen Einflusses bei einer Stelle geschaffen würde, die sich bisher in loyalster Weise gegen Deutschland verhalten habe."

Dagegen stimmten die Sozialdemokraten gegen diesen unter den heutigen Verhältnissen geringfügigen Beitrag. Und wie auch diesen Anlaß die Sozialdemokraten zu einer agitatorischen Auseinandersetzung gegen Bayern als solchen benutzen zu können glauben, zeigt die gehörige Überheblichkeit, die der "Sparta" in seinem Nummer vom 6. 8. 21 der Nachricht über die Verhandlungen im Haushaltsausschuss voranführt, und die lautet: "Woher in Bayern Geld vorhanden ist?" Die Sozialisten aller Schattierungen haben es gerade noch nötig, sich über Geldausgaben aufzuregen. Sie haben freilich mit solchen Appallen sich niemals abgezogen.

**Zum Ableben des Abg. Trimborn**

liefen noch immer aus allen Teilen des Landes Beileidsfunktionen ein. So ist u. a. beim Generalsekretär der Zentrumspartei folgendes Preiselschreiben des Vorstandes des Zentrumsgebiets verabschiedet:

Mit großer Trauer und inniger Verzweiflung habe ich im Herzen von dem Abtoben zweier von den Freien unsrer Partei gelebten, Prälat Dr. Hize und Geheimer Justizrat Trimborn weinen nicht mehr unter den Lebenden. Was die beiden Toten vor allen auf dem Gebiete der Sozialpolitik gewirkt und geschafft haben, bleibt unvergessen. Sie waren nicht nur in wiseren Reihen geehrt und geschätzt, sondern auch die politischen Freunde fanden und haben ihnen die schuldige Ehre und Anerkennung gezeigt. Was Exzellenz Trimborn als Führer unserer Partei gewesen ist, ist und bleibt lebendig in unserer Erinnerung. In schweren Zeiten hat er Meisterhaft verstanden, die Geschichte der Freien Partei im alten Zentrumspartei zu leiten. Der liebe Gott wird beiden Entschlafenen ihre Werke im ewigen Reich reich belohnen." Hermann Ernst, Vorstand.

Ein besonders warm empfundenes Preiselschreiben hat der Abgeordnete vor Kordorff aus Anlaß des Ablebens des Abgeordneten Trimborn an den Abgeordneten Vitzlage gerichtet; darin heißt es u. a.:

„Sein Tod bedeutet für seine Partei einen schweren Verlust. Aber nicht nur für sie. Wir alle haben einen lieben Kollegen verlo

## Nachrichten aus Sachsen

### Enten

In der Zeit der sauren Säuren und Seeschlanger ist alles möglich. Die Hühnchen, die sich gegenwärtig über unser Land wölkt, lässt schwer auf den Gemütern und lädt mancherorts Enten aufflattern, die einzelne Zeitungen mit Wassergassen austragen und dann ihren Lesern wohlgegenübert und freit zu zeigen nach vorsehen. Solch eine Ente, eine ganz schwere, ist nun auch den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ auf den Nebelkonsistenz geflaniert. Unter der Überschrift: „Was will das?“ finden wir in ihrer Nr. 214 den Freitag den 5. August eine Gegenüberstellung von katholischer und evangelischer Kirche, wobei u. a. bemerkt wird, „dass die katholische Kirche dem Vatikan religiösen Empfinden weit geschickter Rechnung trägt, als das von der evangelischen Kirche zu geschieht.“ Nachdem der evangelischen Kirche noch der Vorwurf gemacht wird, dass sie nicht die nötige Initiative entwickele und „das lange Säppeln des Konstitutums“ in der Frage der religiösen Jugenderziehung und in den anderen schwerwiegensten religiösen Gegennachrichten“ die Bedenken verstärke, heißt es zum Schluss:

Ganz anders die katholische Kirche. Sie weiß sehr genau, worum sie gerade in diesem Augenblick das Bistum Meißen in altem Glanze wieder erheben läßt. In unterrichteten Kreisen weiß man Bescheid, was man in Rom vom neuen Bistum Weißen erwarten darf. Die Manen des ersten Bischofs von Weißen, des heiligen Benno, sollen wieder erwachen und im Lande der „lutherischen Feier“ den alten feiermächtenden Glauben neu verbreiten helfen. In den nächsten Wochen wird der Benno-Kalender für das kommende Jahr erscheinen. Mit der Erinnerung an diesen Heiligen will man eine große Volksmission in Sachsen treiben, die um so mehr Erfolg verspricht, je länger die augenblicklich reiznahe Haltung des evangelischen Landeskonsistoriums andauert. Wie gut die katholische Kirche es versteht, mit alten Erinnerungen auch in unserer modernen Zeit dem Volksempfinden entgegenzukommen, geht aus dem Inhalte des Benno-Kalenders mit vollkommener Faustlichkeit hervor. Einer der leitenden Gedanken dieser Volkskirche, die in zahlreichen Exemplaren der lutherischen Bevölkerung populär gemacht werden soll, ist der: „Wohin in alten Zeiten der heilige Benno seinen Fuß setzte, gründete die Fluren und trugen die Lehren!“

Sehr richtig! In unterrichteten Kreisen weiß man Bescheid, was man vom neuen Bistum Weißen erwarten darf, viel besser aber als jene unterrichteten (?) Kreise, die die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ beobachten. Mit Verwunderung aber müssen wir die Feststellung machen, dass die „L. N. N.“ anscheinend über den Inhalt und Inhalt des Benno-Kalenders 1922 besser unterrichtet sind als der Verlag und die Redaktion desselben. Von der oben angeführten Volksmission und den zitierten Sätzen aus dem Jubiläum des neuen Kalenders ist nämlich bis heute weder dem Verlage noch der Redaktion des Benno-Kalenders irgend etwas bekannt. Wir sind froh, staunen über die Phantasie, die trotz der herrlichen Höhe und Dürre (vielleicht gerade deswegen) solch üppige Früchte zeitigt. Die Redaktion des Benno-Kalenders wäre den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ zu besonderem Danke verpflichtet, wenn sie die jenes Exemplar des Kalenders, aus dem sie ihre Kenntnis schöpften, zum Beweis einer kritischen Würdigung zur Verfügung stellen würden. Wie lange wird sie wohl warten müssen??!

### Millionenschaden infolge Dammbruches

Der etwa 20 Meter hohe Damm der Spülklippe im Selbster Torbau des Staatsbraunkohlenbergwerks Hirschfelde in Sachsen, die mit Wasser- und Schlammmassen angestaut war, ist durchgebrochen und hat das daneben liegende Weichenhainer Bergwerk fast vollständig überschwemmt, so dass nur noch wenige Kohlemengen gehobert werden können. Den Schaden hat das Staatsbraunkohlenwerk Hirschfelde zu tragen, er geht

in die Millionen. Die Abdampf- und Austräumungsarbeiten die bereits in Angriff genommen wurden, werden mehrere Wochen in Anspruch nehmen. Glücklicherweise sind bei dem Dammbruch keine Personen zu Schaden gekommen.

### Under das Veandungslück in Dresden

in der Nickerlage der Deutschen Kundschaftsabteilung A.-G. und in der breiten Mitteilungen erschienen des Juvalts, dass die Ursache der Explosions in der Lagerung hochentzündlicher Explosivstoffe zu suchen sei. Das ist jedoch, wie wir hören, nicht der Fall. Explosivstoffe und Benzin haben dort überhaupt nicht gelagert, sondern nur in kleinen Mengen 25 Prozent Wasser angewachsene Nitrozellulose und zwei größere eiserne Tonnen mit Schwerbenzin. Diese Reben mit ihrem vollen Inhalt noch unverzehrt da. Nach Nitrozellulose ist noch kein Explosivstoff darunter, steht daraus hervor, dass die Eisenbahn folglich mit über 85 Prozent Wasseransiedlung als gewöhnliches Stückgut ankommt. Über die Ursache des Brundes schwört zurzeit noch völlig Unklarheit.

— **Regimentstag.** Von 24. bis 26. September findet in Chemnitz der 1. Regimentstag des ehemaligen Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 104 statt. Neuvelungen zur Teilnahme und Quartierstellung bis zum 16. August an Herrn Arthur Grübler, Chemnitz, Kreuzplatz 6, II. Festungsbataillon 104 Werk für Herren, 5 Marien für Domini ist der Anmeldung beizufügen.

— **Die Umwandlung von Hotels in Geschäftshäuser** in Leipzig, ist vom höchsten Ministerium des Innern verboten worden. Aufnahmen bedürfen der Genehmigung der Kreischausammlung. Dadurch soll dem Verschwinden der Gasthäuser, die in der Mietstadt Leipzig besonders notwendig sind, entgegengewirkt werden.

### Aus Dresden

— **Arbeitertagfest.** Gestern und vorgestern wurde hier unter überaus reger Beteiligung das zweite Wöchentliche Arbeiterturnfest abgehalten. Der Sonnabend brachte Vorführungen der Kinder, die sich in einem Festzug nach dem Altenplätzchen begaben. Abends fanden zahlreiche Begrüßungseien für die auswärtigen Turner statt. Der Sonntag besann sich mit den turnerlichen Wettkämpfen der Erwachsenen. Den Mittelpunkt des Fests bildete unter Teilnahme von schätzungsweise 17.000 Turnern der Wettbewerb, der sich mit großem Blauer Vogel nach dem Altenplatz begab. Der Montag bringt die Fortsetzung der turnerlichen Wettkämpfe und abends 7 Uhr eine Abschlussfeier im Ausstellungshallen.

— In Nr. 178 unseres Blattes ist die amtliche Bekanntmachung des Kommunalverbandes über die Brot- und Weißwechselregelung im Erntedank 1921 veröffentlicht worden. Von amtlicher Stelle wird uns hierzu mitgeteilt, dass diese Wechselregelung, wie auch aus der Ergänzungsbekanntmachung hervorgeht, sich nur auf die Erzeugnisse aus dem Kommunalgetreide (Umlage-Getreide) bezieht, nicht aber auch auf das im freien Verkehr erworbene und vermehrte Getreide. Eine Wechselregelung hinsichtlich des marktfreien Weißes und Brotes findet künftig nicht mehr statt.

### Theater und Musik

#### „Fürstbischof Hermanns Rheinsahrt“

Ein Heimatstück

Von Leo Weismantel

Am Sonntag den 17. Juli wurde in Langenbielau bei Haida in der Aue von Dehnen und Bauern des Dorfes und der nächsten Umgebung zum ersten Male Leo Weismantels Spiel „Fürstbischof Hermanns Fahrt in die Schweiz“ unter Leitung des Dramaturgen des Lünenbühnenbundes Dr. Werner Thormann aufgeführt. Für die Geschichte des deutschen Theaters und besonders der Heimatspiele war diese Aufführung ein Ereignis, denn das Werk selbst steht in hoher künstlerischer Vollendung vor dem Verfauler im Gegensatz zu den meisten sogenannten Heimatspielen, die irgend eine in engerem oder weiterem Zusammenhang mit dem Spielort stehende Ritter-

oder Bauerngeschichte des Mittelalters oder eines späteren geschichtlichen Perioden schlecht und recht deplatziert auf die Bühne bringen.

Wenn das Volk Theater spielt, wird es wohl seine schlichte und einfache und für alles Ideal begeisterte Seele geben und jedem Zuschauer, der für solche Werke Verständnis hat, einen hohen künstlerischen Genuss bereiten; an die mimische Kunst des Berufsschauspielers wird es nie herantreichen. Deshalb muss der Dichter eines Heimatstückes vor allem große Gedanken bilden, und wer ein Heimatstück schreibt, muss die leitenden Ideen seines Werkes mit dem Menschen, die sie verkörpern, aus dem Boden der Heimat, der sein Soiel gilt, erheben und in ihm wieder Burzel treiben lassen. Da ein echter Dichter immer Seher und Prophet seinem Volke ist, so wird er das der engeren Heimat entwachsene und für sie zuerst bestimmte Werk doch auch so gestalten, dass es der Erhebung des ganzen Volles dient.

All den Anforderungen, die man an ein künstlerisch wertvolles Heimatstück stellen muss, ist Leo Weismantel mit seiner „Rheinsahrt“, das auf Anregung des Lünenbühnenbundes geschaffen hat, in höchstem Maße gerecht geworden: Fürstbischof Hermann von Würzburg wird von den Teufeln der Hölle und Macht bestürzt; sie schließen ihm eine Truhe voll Gold und, deren Inhalt jeden, der ihn berührt, vergift, nur den Fürstbischof nicht. Eine geheimnisvolle Weisung sagt, die Truhe sollte jedem armen Menschen gehören. Das ist natürlich nicht der Fürstbischof in seinem goldstrahlenden Ornat. Mit seinem ganzen Hofstaat zieht er nun in die Schweiz, „der Armut Land“ hinaus, um dort unter den armen Menschen zu finden. Aber alle, die ihm auf den ersten oberflächlichen Blick als die Armen erscheinen, entblößen sich in ihrer Rode als unendlich reich an Gütern der Seele, so doch sich der Fürstbischof ihnen gegenüber arm und klein vorkommt. So wirkt er die Goldtruhe des Teufels fort, legt seine strohenden Kleider ab und gibt sich, entblößt von allem Reichtum und aller Hoffart, seinem Gott hin. Es erst wird er eigentlich groß. Sein Hofstaat und sein Volk erkennen diese Größe und jubeln ihm zu und verehren ihn jetzt erst innerlich als ihren Herrscher und Helden.

Die Handlung ist so überzeugend, dass sie im den Zuschauern innerlich dieselbe Weitewandlung vollzieht, wie sie sich im Fürstbischof ereignet, sie ist aber mit ihrem Teufels-, Engel- und Bauerndrama so lebhaft und vollständig, dass auch die einfachste Seele und selbst das Kind ihr mit Verständnis und jubelnder Freude folgen.

— **Dresden. Victoria-Theater.** Mit einem sehr guten Spezialitätenprogramm eröffnete das zurzeit einzige Varieté Dresdens wieder seine Pforten zu einer höchst reizvollen Winteraison. Der Humor steht diesmal oben. Nach Art der Americain Eccentrics arbeiten die komischen Radfahrer Herzer und Arnold, dabei ganz bewegte Kunstreihen zeigend, und auch die drei Tribolios mit ihrem Schleuderwettlauf, der sich ziel leidet ansetzt, als er in Wirklichkeit ist, bewegen dieses Genre. Die amerikanische Trauerschlüsse, die vor dem Kriege sehr beliebt war und Radoreitfunk mit einer tollen Jagd auf der Bühne verbindet, pflegt die Ed. Mac. Co. Weniger mit dem Inhalt als durch die groteske Art seiner Vorläufe weist der rheinische Komiker Willy Schenk sein Publikum zu fesseln. Die akrobatischen Spielerien der 7 Jubiläumsflappen vorausgesetzt. Rosita Aribo ist eine gewandte Jongleurin und die Muhe, die Canova seinen dressierten Weißhunden zur Stellung reizender lebender Bilder beigebracht hat, muss man bestaunen. Mein artistisch bestechend ist aber die beste Nummer der Tanzorchester des Original-Dillons, die in ihrer Art wirklich Phänomenales leisten. Die Leitung des Ensembles hat auch diesmal Josef Nilos.

**Berantwortlich:** Für den redaktionellen Teil: Friedrich Körting; für den Inseraten teil: Josef Höhmann, Druck und Verlag der „Saxonia-Buchdruckerei“ G. m. b. H. zu Dresden.

**Meine Verlobung mit Fräulein Liesbeth Glausch, Tochter des verstorbenen Herrn Kaufmann Paul Glausch und seiner Gemahlin Marie geb. Lippitsch in Panschwitz, beehe ich mich hiermit anzzeigen**

Clemens Schmidt  
Möbelfabrikbesitzer

Bautzen, den 7. August 1921

Junge, intelligente biblische Dame, feiner edler Charakter, sucht Verlehr mit bestem Herrn zwed's späterer

### Heirat.

Offerten unter „G. O. 888“ an die Geschäftsstelle d. St. erbeten. 1835

### Spirituskocher

Petroleumkocher

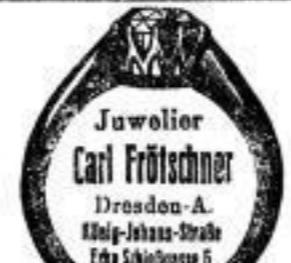
Gaskocher

Elektr. Kocher

Sparöfchen

### Donath

Dresden, Dippoldiswalder Platz 2



### Kath. Töchterheim Frohsinn

Haus I. Ranges

Junge Mädchen finden liebevolle familiäre Aufnahme zur gründlichen Erlernung des Haushaltes, Fortbildung in Wissenschaft, Musik, Hand- und Kunstarbeit, Schneiderin, gesell. Formen und Erholung. Beste Referenzen. Prospekt gegen Einsendung von Porto. 1832: Maria Städler, Hildesheim, Humboldtstraße 5

### Metallbetten

Stahlmatratzen, Kinderbetten direkt an Private, Kat. 6 P frei. Eisenmöbelfabrik, Suhl (Thür.).

### Rasierklingen

schleift in 24 Std., St. 15, Ras.-Mess., Messer, Scheren pp. schnell u. bill. Elektr. Kuni-Schleiferei nur Dresden-A., Brunner Str. 22.

### Störungen des Blutkreislautes

in den verschiedenartigsten Erscheinungen besiegt rasch und sicher Wohlmut's elektro-galvanischer Schwachstrom-Apparat (Marke Geweo)

Prospekte und Probessitzungen kostenlos!

G. Wohlmut & Co., A.-G., Dresden, Bürgerwiese 22 (Haus Dianaabad).

Behandlungs-Institute (Ambulanzen) und Vorführungsstellen:

Sanitätshaus M. Thierfelder, Dresden-A., Amalienstr. 28, I. Albert Götz, Dresden-N., Hauptstraße 17

Frau A. M. Schmelzer, Dresden-A., Ermelstraße 19 Otto Treitler Nachf., Dr. Blasewitz, Am Schillerplatz Richard Häusele, Naturheilanstalt, Bühlau, Carolastr. 4

General-Vorsteher für Amtshauptmannschaft Bautzen: Max Warnatsch, Bautzen, Heringstraße 3, I.

### Wohnungstausch I. W. T. G.

Deutsche Wohnung-Tausch-Genossenschaft m. b. H. Sitz Leipzig vermittelt Wohnungstausch von und nach allen Richtungen.

Vertreter in Dresden:

Fa.: Eduard Geucke & Co., G. m. b. H.

In- u. Auslandsumzüge — Lagerung — Spedition

Annahmekontore: Freiberger Str. 29, Bankstr. 3, Fernspr. 2006.

**Johannisbad Schmeckwitz** bei Kamenz in Sachsen  
Moor- und Eisenschwefelbad — Luftkurort  
Heilzelgen: Gicht, Rheuma, Ischias, Herz-Haut-, Nerven- und Frauen-Leiden.  
— Ueberraschende Heilerfolge. — Fernsprecher: Elstra 22.  
Betreiber und leitender Arzt: Dr. N. Rachel. — Prospekte kostenlos.

### Otto Bergmann, Bankgeschäft Dresden

im Herzfeldhaus (Eingang Schlossgasse 2)

Teleg.-Adresse: Bergbank — Kassestunden 9-1 Uhr

Fernruf 10688 — Postscheck-Konto: Dresden 18299

Wertpapiere — Ausländische Zahlungsmittel

Börsenaufträge — Fachmänn. Auskunftserteilung

Ankauf und Verkauf von Wertpapieren jeder Art zu amtlichen Kursen.

**Dritter Sächs. Katholikentag Bautzen**

Die Liste der Unterzeichner des Hauptaufrufs wird am 17. d. M. geschlossen. Etwa noch aufzunehmende Namen wolle man bis zu diesem Termine einsenden.

Für den Hauptauftuhschuss:  
Professor Franz Semank.

Täglich: Der echte Tymian-Spielplan!!!!!!  
**y m i a n s** Thalia- Theater 1/8 Uhr  
Auslandstümmler! Kriegsgewinner!  
Sonntags zwei Vorstellungen: 1/4 und 1/8 Uhr 1940